Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12090**

18. Wahlperiode 25.04.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Kathrin Vogler, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, Katja Kipping, Dr. Petra Sitte, Azize Tank, Harald Weinberg, Birgit Wöllert und der Fraktion DIE LINKE.

Patientinnen und Patienten entlasten – Zuzahlungen bei Arzneimitteln abschaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zuzahlungen belasten kranke Menschen. Deshalb sind sie sozial ungerecht. Kranke Menschen müssen dadurch mehr zur Finanzierung der Krankenversicherung beitragen als Gesunde. Menschen, deren verfügbares Einkommen gerade reicht, um die Kosten für Nahrung und Wohnung zu bestreiten, sind mit Zuzahlungen zu ärztlich verordneten Leistungen finanziell überfordert. Wenn sie auf die für die Gesundheit notwendigen und ärztlich verschriebenen Medikamente verzichten müssen, müssen sie eine gesundheitliche Verschlechterung in Kauf nehmen. Das kann Krankheiten verschlimmern und die Kosten in die Höhe treiben – ganz abgesehen von dem vermeidbaren Leid, das auf die Verpflichtung zu Zuzahlungen bei medizinisch benötigten Leistungen zurückgeht. Es ist zu befürchten, dass Zuzahlungen die Kosten im Gesundheitssystem insgesamt verteuern. Zudem bedeuten Zuzahlungen einen immensen bürokratischen Aufwand für Patientinnen und Patienten sowie Krankenkassen und Leistungserbringende. Auch aus diesen Gründen sind sie abzuschaffen.

Derzeit ist geltendes Recht, dass ausländische Versandapotheken den Patientinnen und Patienten Rabatte auf die Zuzahlungen bei Arzneimitteln gewähren dürfen, inländische Apotheken hingegen nicht. Dieser Wettbewerb stellt die Existenz einer flächendeckenden Versorgung mit Präsenzapotheken in Frage. Deshalb plant das Bundesgesundheitsministerium zurecht das Verbot der Versandapotheken.

Damit würde aber gerade Menschen mit geringem Einkommen die Möglichkeit genommen, finanzielle Einsparungen zu erhalten, da Versandapotheken Rabatte auf die Zuzahlungen gewähren. Die Abschaffung der Zuzahlungen auf Arzneimittel würde in Ergänzung zu einem Verbot des Versandhandels alle Patientinnen und Patienten bei der Inanspruchnahme von medizinisch notwendigen Leistungen finanziell entlasten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Zuzahlungen auf Arzneimittel vollständig abschafft.

Berlin, den 25. April 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.